

ZU DIESEM HEFT	265	ADB-JAHRESTHEMA	
SCHWERPUNKT		<i>Roland Wylezol</i>	
<i>Helmut Bremer</i>		„Zusammenleben“	
Das „politische Spiel“ zwischen Selbst- ausschließung und Fremdausschließung	266	Ein Produktseminar mit 45 Jugendlichen aus Berlin-Neukölln	315
<i>Wolfgang Beer/Klaus Waldmann</i>		ARBEITSFORMEN UND METHODEN	
Kein Reparaturbetrieb, sondern eigen- ständige Gestaltungskraft	273	<i>Thomas Schinkel</i>	
<i>Siegfried Schiele</i>		Die Wertebörse – eine aktivierende Methode in der Erwachsenenbildung	319
Politische Bildung für alle – kein Traum, sondern eine Notwendigkeit	280	INFORMATIONEN	
<i>Johannes Schillo</i>		Meldungen	322
Massenmedien und Migration Zum Diskussionsstand und zu den Konsequenzen für die Bildungsarbeit	288	Aus dem AdB	337
<i>Uta George/Bettina Winter</i>		Personalien	344
„Wir entdecken unsere Geschichte“ Menschen mit Lernschwierigkeiten als Akteurinnen und Akteure der Erinnerung	296	Bücher	345
<i>Ines Pohlkamp</i>		Markt	356
Fragmente einer politischen Bildungspraxis mit „sozial benachteiligten“ Jugendlichen	301	IMPRESSUM	359
<i>Sabrina Broszeit</i>			
Benachteiligung überwinden – Freiräume in der Schule schaffen	306		
<i>Thomas Gill</i>			
Die Initiative „Oberschulen in Brandenburg“	310		

**Thema des nächsten Heftes:
Zukünfte denken**



Von Zielgruppen zu sprechen, hat sich auch in der politischen Bildung durchgesetzt. Dabei geht es vornehmlich darum, bei der Planung von Bildungsangeboten sozio-demographischen Merkmalen und aktuellen gemeinsamen Lebenslagen von Menschen Rechnung zu tragen. Allerdings vernachlässigt die Zu-

ordnung zu bestimmten Zielgruppen individuelle Faktoren und Unterschiede, die auch innerhalb solcher definierten Gruppen bestehen. Wenn zudem noch von bildungsbenachteiligten und politikfernen Zielgruppen die Rede ist, stigmatisiert eine solche Zuordnung die Betroffenen, weil sie deren Defizite betont und ihre möglichen Stärken aus dem Blick verliert. Dennoch ist empirisch belegt, dass große Teile in der Bevölkerung als Teilnehmer und Teilnehmerinnen an Bildung und als Beteiligte an politischen Entscheidungsprozessen auf den verschiedenen Ebenen gleichermaßen unterrepräsentiert sind – ein Sachverhalt, der zumeist mit sozialer und ökonomischer Benachteiligung einhergeht, wie zahlreiche Studien bestätigen.

Demokratie lebt davon, dass die politische Macht auf viele Träger verteilt ist und sich die Bürger und Bürgerinnen an den politischen Angelegenheiten beteiligen. Deshalb kann sich eine demokratische Gesellschaft nicht leisten, auf die Mitwirkung und Akzeptanz großer Bevölkerungsgruppen zu verzichten, die inzwischen von der Politik für sich nichts mehr erwarten und weder im politischen Engagement noch in politischer Bildung einen Sinn sehen. Das ist gefährlich in einer Zeit, in der ökonomische und soziale Belastungen die Menschen drücken und ihre Empfänglichkeit für einfache Lösungen und autoritäre Politikkonzepte fördern.

In den Beiträgen des vorliegenden Heftes geht es um die Frage, was diese Herausforderung für die Praxis politischer Bildung bedeutet. Kann man überhaupt von politischer Bildung erwarten, dass sie kompensiert, was die Politik versäumt? Lebt die politische Bildung nicht von dem Anspruch, das Individuum in den Mittelpunkt des Lernprozesses zu stellen und die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen miteinander ins Gespräch zu bringen? Und ist politische Bildung nicht in der Gefahr, für politische Zwecke instrumentalisiert zu werden, wenn sie bildungspolitischen Vorgaben folgt, die sich mit eigenen Bildungskonzepten und Ressourcen nicht vereinbaren lassen?

Gleichzeitig gab und gibt es natürlich auch Träger politischer Bildung, die sich der Aufgabe stellen, Menschen, die nicht von sich aus den Weg zur politischen Bildung finden, zur Auseinandersetzung mit Politik und zum politischen Engagement zu motivieren. Erfahrungen aus dieser Bildungspraxis werden hier an einigen Beispielen beschrieben. Allerdings wird dabei auch deutlich, welche Anforderungen mit einer solchen Arbeit verbunden sind, und wie wenig die herkömmlichen Förderbestimmungen ungewöhnliche Zugänge und Angebotsformen berücksichtigen. Die Rahmenbedingungen, unter denen außerschulische politische Bildung heute realisiert werden muss, begünstigen Angebote für eine zahlungskräftige interessierte Klientel, die bereit und in der Lage dazu ist, Zeit und Geld in politische Bildung zu investieren. Wer seine Bildungsbemühungen darauf richtet, der politischen und gesellschaftlichen Ausgrenzung Benachteiligter entgegenzuwirken, braucht für diese Arbeit bildungspolitische Unterstützung und ein finanzielles Fundament.

Ingeborg Pistohl

Kein Reparaturbetrieb, sondern eigenständige Gestaltungskraft

Wolfgang Beer/Klaus Waldmann

Die politische Bildung erfährt aktuell wieder mehr Beachtung von der Politik. Gleichzeitig werden neue Erwartungen an sie artikuliert, die zwar berechtigte Gründe haben, aber gleichzeitig das professionelle Selbstverständnis tangieren. Wolfgang Beer und Klaus Waldmann setzen sich mit diesen Erwartungen auseinander und stellen den Bezug zu den realen Möglichkeiten der politischen Bildungspraxis her, verweigern sich aber dem Anspruch, politische Bildung für andere Zwecke zu instrumentalisieren. Gleichwohl sehen sie in der aktuellen Diskussion die Chance zur Entwicklung neuer Angebotsformate und zur Erweiterung ihres Aufgabenspektrums.

Politische Bildung ist „in“

Die außerschulische politische Bildung erlebt gegenwärtig so etwas wie eine politische Renaissance. Sie wird deutlicher wahrgenommen als noch vor einigen Jahren, und es werden aus der Profession Politik heraus Erwartungen an die politische Bildung gerichtet – allerdings weit-

Der Koalitionsvertrag von 2005 wies ausdrücklich auf die Bedeutung politischer Bildung hin

ausdrücklich auf die Bedeutung der politischen Bildung hingewiesen:

„Die Demokratie ist 60 Jahre nach Kriegsende in Deutschland gefestigt. Gleichwohl bedarf es in jeder Generation der politischen Bildung und der staatlichen Unterstützung für eine aktive Beteili-

gendend begrenzt auf die Bundesebene. Im Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 wird unter dem Stichwort „Bürgergesellschaft stärken“



Angela Merkel und Franz Müntefering vereinbarten den Koalitionsvertrag 2005

gung der Menschen am gesellschaftlichen und staatlichen Leben. Wir werden deshalb die politische Bildung stärken.“

Diese Absichtserklärung klang vielversprechend. Sie hat zwar nicht dazu geführt, dass die politische Bildung wirksam ausgebaut worden wäre, aber es erfolgten insgesamt auf Bundesebene, sowohl bei den Mitteln der *Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)* als auch im Programm Politische Bildung des Kinder- und Jugendplan des Bundes keine gravierenden Kürzungen – wenn auch im Falle der bpb erst nach sehr intensiven Gesprächen zwischen bpb, Trägern und dem Parlament. Schließlich werden im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut!“ Projekte der politischen Bildung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus gefördert, oder im Kontext des Aktionsprogramms werden unter dem Motto „Nur wer was macht, kann auch verändern“ innovative Projekte der Partizipation von Jugendlichen finanziell unterstützt. Im Vergleich zu den Jahren davor und zur Situation in den meisten Bundesländern ist dies durchaus ein Fortschritt.

Und die politische Diskussion um politische Bildung wird durch den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD vom Sommer 2008 weiter intensiviert. Ausgehend von der These, dass die „Demokratie so stark ist, wie die Bürgerinnen und Bürger demokratisch sind“, wird politische Bildung als ein wesentlicher Teil der politischen Kultur und als im internationalen Vergleich „einzigartig und bewundert“ beschrieben. Im Folgenden wird dann die Bundesregierung aufgefordert, die politische Bildung in unterschiedlichen, politisch aktuell relevanten Arbeitsfeldern zu unterstützen: Beispiele sind Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Integration von Migranten, Angebote für bildungsferne Zielgruppen aber auch die Vermittlung von Zeitgeschichte, Europa als Bildungsprojekt und die als defizitär gesehene ökonomische und soziale Bildung.

Gefordert wird eine Stärkung der bpb, nicht erwähnt wird das Programm ‚Politische Bildung‘ im KJP, welches für die Träger in der Jugendbildung zweifelsohne eine große Bedeutung hat.

Reform des KJP

Aber auch die politische Jugendbildung erfährt gegenwärtig auf Bundesebene eine vergleichsweise hohe Aufmerksamkeit. Aus funktionaler Perspektive beziehen sich die Erwartungen und Ansprüche

an sie auf ihren Beitrag zur Vermittlung der Grundlagen politischen Handelns, der politischen Beteiligung und Mitgestaltung in einer demokratischen Gesellschaft, ihre Leistung im Kontext gesellschaftlicher Integration und Legitimation sowie auf ihr Engagement für ein tolerantes Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft. Aus professioneller und förderpolitischer Perspektive richten sich die Erwartungen auf eine Beschäftigung mit aktuellen gesellschaftlichen Fragestellungen, auf eine innovative Weiterentwicklung von Konzepten, Inhalten und Formaten, auf die Einhaltung bestimmter Qualitätsstandards und die Bereitschaft zur Auskunft über die möglichen Wirkungen politischer Jugendbildung auf der Grundlage einer Evaluation ihrer Praxis.

Mittelfristig ist davon auszugehen, dass über eine Reform des KJP nachgedacht wird. Auf der Grundlage einer externen Evaluation des KJP, die insbesondere nach den Wirkungen der aus seinen Mitteln geförderten Aktivitäten fragen soll, werden Überlegungen zu einer Weiterentwicklung des KJP angestellt und Vorschläge unterbreitet werden, wie eine Förderung bestimmter Programme des KJP enger mit den politischen Zielen und Schwerpunkten des BMFSFJ abgestimmt werden kann.

Aus förderpolitischer Perspektive ist zu registrieren, dass im Anschluss an die Föderalismusreform I und im Kontext der Föderalismusreform II die Frage nach der Bundeskompetenz verschärft gestellt wird

Aus förderpolitischer Perspektive ist zu registrieren, dass im Anschluss an die Föderalismusreform I und im Kontext der Föderalismusreform II die Frage nach der Bundeskompetenz verschärft gestellt wird. Die Prüfpraxis des Bundesrechnungshofs, so Erfahrungen aus den vergangenen Jahren, ist auf die Frage nach dem bundesweiten Wirkungszusammenhang fokussiert. Die gegenwärtige Entwicklung in den Ländern lässt für den Fall, dass die Bundeskompetenz geschwächt und die Strukturen auf Bundesebene abgebaut werden, nichts Gutes erwarten. Die Schließung der *Landeszentrale für Politische Bildung in Niedersachsen* ist in diesem Zusammenhang das markanteste Zeichen.

Politische Bildung ist kein gesellschaftlicher Reparaturbetrieb

„Ziel der politischen Bildung muss es sein, die aktive Wahrnehmung der bürgerlichen Rechte in unserem Rechtsstaat zu fördern“, so noch einmal der Entschließungsantrag. Diese Zuschreibung verweist auf einen allgemeinen und umfassenden Auftrag politischer Bildung, der über die angefragte Kompetenz zur situativen Problemlösung im Sinne einer eher sozialpädagogischen denn politischen Feuerwehr hinausgeht.

Insgesamt wird in der Entschließung ein durchaus differenziertes Aufgabenfeld beschrieben, das politisch gewollte, an aktuellen Problemlagen orientierte Schwerpunkte setzt, sowohl bezogen auf ausgewählte, problematische Zielgruppen als auch spezifische Themenfelder. Eingebettet in ein umfassendes Grundverständnis politischer Bildung als Bestandteil politischer Kultur im



© Deutscher Bundestag/Heide Reiss

Verantwortlich für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik: Bundesjugendministerin Ursula von der Leyen und die Vorsitzende des BT-Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kerstin Griese (SPD)

Sinne der Stärkung politischer Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger sind solche politisch temporären Schwerpunktsetzungen durchaus legitim. Problematisch wird es, wenn politische Bildung als Reparaturbetrieb für (sozial), jugend- und bildungspolitische „Schadensfälle“ betrachtet wird mit der Folge, dass sie Problemlagen lösen soll, die sie von ihrem Auftrag, Selbstverständnis und ihren Formaten her nicht oder zumindest nicht allein lösen kann.

Dazu drei Beispiele aus der gegenwärtigen Diskussion:

- „Rettung der Demokratie“: Erwartet (und gefördert) werden Maßnahmen gegen Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Hier liegt sicherlich eine der politisch wichtigsten Aufgaben politischer Bildung. Sie ist jedoch erfolgreich nur anzugehen, wenn einschlägige Angebote politischer Bildung für potenziell gefährdete Zielgruppen konzeptionell als präventive und kontinuierliche Arbeit angelegt sind. Die Erwartung, politische Bildung könnte hier sozusagen als „schnelles pädagogisches Eingriffskommando“ in akuten Situationen oder gegenüber Mitgliedern der „Szene“ agieren, wäre vermessen und unrealistisch.
- „Rettung aus prekären Lebenssituationen“: Politische Bildung soll als Instrument einer (überforderten) Sozialpolitik Verlierer der Globalisierungsprozesse in den demokratischen Grundkonsens zurückbringen oder dort halten. Wie in den vorgenannten Problemfeldern soll politische Bildung auch für bildungs- und politikferne Zielgruppen – die im Übrigen nicht immer dem sogenannten Prekariat angehören müssen – die Entwicklung neuer wirksamer Formate und Strategien leisten.
- „Rettung vor unkontrollierbarer (Jugend)Gewalt“: Aus einer passiven Verweigerungshaltung entstehenden Gewaltpotenzialen, die in antidemokratischen Bestrebungen aufgehen und denen mit traditionellen Bildungsangeboten nicht zu begegnen ist, soll politische Bildung eine inhaltlich und didaktisch-methodisch neu zu denkende Arbeit entgegensetzen. So zusammengefasst der Leiter der Abteilung Grundsatzfragen im BMI, *Markus Kerber*, in einer Diskussion mit dem Runden Tisch Trägerförderung der bpb.

So richtig das Anliegen ist, so problematisch ist es, von der politischen Bildung die Lösung des Problems zu erwarten. Vordergründig geschieht hier

mangels anderer Instrumente – oder vielleicht auch Ideen – nichts anderes als die Wiederaufnahme des Jahrzehnte alten Appells an die gute alte Feuerwehrfunktion politischer Bildung. Auch wenn es sich ohne Frage um relevante Praxisfelder politischer Bildung handelt, besteht die Gefahr, dass diese instrumentalisiert, verkürzt und überfordert wird:

- Instrumentalisiert, indem sie Probleme lösen soll, die Politik nicht zu lösen vermag und die nicht (allein) durch Bildung zu lösen sind;
- verkürzt, da die Aufgaben und das Profil politischer Bildung sehr viel breiter angelegt und auf alle Bürgerinnen und Bürger bezogen sind, nicht nur auf die politisch jeweils aktuellsten und schwierigsten Problemgruppen;
- überfordert, da die Instrumente und Ressourcen politischer Bildung nur zum Teil für gesellschaftliche und soziale Problemlösungsstrategien geeignet sind.

Politische Bildung ist ohne Frage politisch-inhaltlich herausgefordert durch die aufgegriffenen Problemzusammenhänge. Sie steht auch vor der Situation, über traditionelle Formate hinaus neue Ansätze zu

Politische Bildung steht vor der Situation, über traditionelle Formate hinaus neue Ansätze zu entwickeln, die in Verbindung mit Vernetzungsstrategien mit anderen Professionen und Kontexten in der Lage sind, auf neue Herausforderungen adäquat zu reagieren

entwickeln, die in Verbindung mit Vernetzungsstrategien mit anderen Professionen und Kontexten in der Lage sind, auf diese Herausforderungen adäquat zu reagieren. Aber sie kann dies nur tun, indem sie diese Arbeit konzeptionell integriert in ihr Selbstverständnis, ihre Kompetenzen und Ausgabenfelder als Pro-

fession. Vor diesem Hintergrund kann und sollte sie sich dann auf die genannten Aufgabenfelder und Erwartungen aus dem politischen Raum einlassen. Sie darf und kann es aber nicht tun unter der politischen Androhung, hier und jetzt in diesen Feldern ihre Daseinsberechtigung nachzuweisen und damit ihre Förderung politisch zu legitimieren. Die Aufgaben, Funktionen und Wirkungen politischer Bildung sind nicht nur traditionell, sondern auch aktuell sehr viel weiter gefasst als in der instrumentellen Übernahme sozial (politischer) Feuerwehrfunktionen. Es würde die politische Bildung als einen wichtigen Bestandteil der politischen Kultur unseres Landes gefährlich beschädigen, sie politisch in ihrer Wahrnehmung und Legitimation auf

ein Funktionieren als Reparaturbetrieb zur gesellschaftspolitischen Schadensbegrenzung in prekären Kontexten zu reduzieren. So tagespolitisch verführerisch diese Verkürzung auch immer sein mag, so kann nur der Appell gerade an die politischen Funktionsträger gerichtet werden, dies nicht zu tun, da die politische Bildung in einer demokratischen Gesellschaft in ihrer umfassenden Kompetenz gebraucht wird.

„Demokratie ist so stark, wie die Bürgerinnen und Bürger demokratisch sind“

Dies ist der erste Satz im erwähnten Entschließungsentwurf des *Deutschen Bundestages*. Demokratisches Selbstverständnis und Verhalten werden aber nicht genetisch vererbt, sondern müssen in jeder Generation immer wieder neu erworben und eingeübt, oft genug auch engagiert verteidigt werden gegen die unterschiedlichsten Anfechtungen

Der Auftrag politischer Bildung ist ein genereller, der explizit nicht auf akute Problemlösungsstrategie oder Katastrophenhilfe begrenzt werden kann

und Bedrohungen. Politische Bildung richtet sich an alle Mitglieder der Gesellschaft. Ihr Auftrag ist ein genereller, der explizit nicht auf akute Problemlösungsstrategie oder Katastrophenhilfe begrenzt werden kann.

Zielgruppe politischer Bildung sind alle Bürgerinnen und Bürger in eben dieser Funktion. Politische Bildung hat hier einen umfassenden Bildungs- und weitergehenden Gestaltungsauftrag, der sich aus diesem am mündigen, politisch-gesellschaftlich urteils- und handlungsfähigen Bürger

orientierten Selbstverständnis ergibt. Diese Verortung ist konstitutiv für ihr Bildungs- und Professionsverständnis. Aus ihr ergeben sich grundlegende Standards politischer Bildung, die es zu bewahren und weiterzuentwickeln gilt.

▪ **Politische Bildung zielt auf die demokratische Gestaltung der Gesellschaft**

Politische Bildung muss als Profession identifizierbar sein und bleiben, auch und gerade wenn sie sinnvollerweise in ihr methodisches Repertoire Elemente aus anderen Bereichen wie der Gemeinwesen- und Sozialarbeit oder der Sozialpsychologie aufnimmt und auch operative Vernetzungen eingeht. So sinnvoll das Ansetzen an unmittelbaren, durchaus unpolitischen Betroffenheiten und Befindlichkeiten spezifischer Zielgruppen, z. B. sozial benachteiligte Jugendliche, sein kann – politische Bildung darf nicht dort stehen bleiben, sondern muss die politisch-gesellschaftliche Dimension immer einbeziehen. Sie ist in Erkenntnis und Reflexion auf die Gestaltung der Gesellschaft gerichtet.

▪ **Politische Bildung ist plural**

Das Gebot der Vielfalt gilt für die Anbieter sprich Träger ebenso wie für die Inhalte und das Spektrum der Positionen, die, sehr wohl kontrovers, miteinander ins Gespräch gebracht werden. Es gilt aber auch für die Methoden und Formate, die jeweils zielgruppenbezogen ein vielfältiges und oft buntes Angebot ergeben.

▪ **Politische Bildung bezieht sich auf das Individuum**

Politische Bildung ist auf das Individuum bezogen, ihr Streben ist darauf ausgerichtet, den Einzelnen/die Einzelne darin zu unterstützen, sich in ihm/ihr gemäßiger Weise in den Umbrüchen und Unübersichtlichkeiten des gesellschaftlich-politischen Lebens zu orientieren und die eigenen Interessen und Positionen zu bestimmen und in Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft zu vertreten. Politische Bildung übernimmt eine moderierende Funktion zwischen dem Individuum und der Gesellschaft, dem Staat und seinen Institutionen.



Politische Bildung wendet sich prinzipiell an alle Menschen

- **Politische Bildung ist eigenständig**
Politische Bildung ist eigenständig gegenüber dem Staat und seinen – auch fördernden – Institutionen. Ihre Eigenständigkeit bezieht sich auf die politisch-soziale Positionierung und die ethischen Grundlagen ebenso wie auf die Inhalte, die didaktisch-methodische Gestaltung und die institutionellen Strukturen der Einrichtungen. Die Steuerungsfunktion des Staates reduziert sich in diesem Zusammenhang entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip über die Aufrechterhaltung der Infrastruktur politischer Bildung – auch auf Bundesebene – auf eine Anregungskompetenz. Der Anspruch der Trägerautonomie ist gleichzeitig aber eine hohe Anforderung an die Verantwortung, die konzeptionellen und innovativen Kompetenzen und die Konfliktfähigkeit der Einrichtungen und die in ihnen Mitarbeitenden.
- **Politische Bildung zielt auf politische Urteilsbildung und politisches Handeln**
Politische Bildung mit den Zielsetzungen Aufklärung, Orientierung und Partizipation differenziert sich in weitere Unterziele aus: Erzeugung von Nachdenklichkeit, Vermittlung fachlich-inhaltlicher Kompetenz, Fähigkeit zur Werturteilsbildung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Prozess gesellschaftlich-politischer Artikulation und Willensbildung. Hierfür muss politische Bildung Anlässe und Situationen schaffen, in denen solche „Bürger/-innen-Tugenden“ eingeübt werden, um sie schließlich in eine Praxis politisch-gesellschaftlicher Teilhabe umzusetzen. Dafür braucht politische Bildung fortlaufend den Handlungsbezug zu den unterschiedlichen Ebenen des demokratischen Gemeinwesens. Dabei sind Dialog und Diskurs neben seriöser, weder indoktrinierender noch manipulierender Information „Markenzeichen“ politischer Bildung.

Auf der Grundlage dieser Standards und einer ihnen entsprechenden Praxis unterstützt politische Bildung ihre Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Entwicklung von Kompetenzen für das Agieren in einer demokratischen Gesellschaft. Hier ist das demokratische Selbstverständnis nicht auf regelmäßige Beteiligung an Wahlen begrenzt, sondern auf das alltägliche Agieren in Nachbarschaft und Kommune, im Arbeitsleben, in der Familie, in Vereinen und Initiativen, im Ehrenamt – zusammengefasst: auf die Vielfalt und Komplexität der Lebens- und Handlungsbezüge. Und dies gilt für alle Zielgruppen in dieser Gesellschaft – für das Bildungsbürgertum genauso wie für die real oder vermeintlich bildungsfernen Zielgruppen.

„Politische Bildung soll in der Praxis ... Kompetenz begründen, im Strudel des Wandels nicht unterzugehen. Dazu bedarf sie der kritisch urteilenden Eigenständigkeit gegenüber der Politik und gegenüber Zeitgeistthemen. Fähigkeit zu rationaler Urteilsbildung kann nur so begründet werden. Politische Bildung kann sich also nicht abhängig machen von jedem Paradigmenwechsel in der öffentlichen Diskussion.“¹

Die außerschulische politische Bildung hat Zukunft

Diese Zukunft liegt aber sicher nicht in der Abarbeitung von aus den jeweils aktuellen Notlagen erwachsenden Aufgaben im Sinne eines Reparaturbetriebes für gesellschaftliche Krisensymptome. Sie liegt auch nicht in der Entwicklung von Angeboten, die von einem auf Qualifikation im Sinne ökonomisch-beruflicher Verwertbarkeit orientierten Bildungsverständnis bestimmt werden. Gegenüber beiden Zumutungen, die durchaus realen Zumutungen aus Politik und Gesellschaft an die Profession entsprechen, gilt es, sich zur Wehr zu setzen. Und die kritische Auseinandersetzung hat auch eine Perspektive, wenn sie nicht in der bloßen Beharrung auf traditionellem Selbstverständnis und Angebotsprofil stehen bleibt, sondern neue Formate, Angebotsfelder und Strategien entwickelt, um auf diese Weise neue Handlungsfelder zu erschließen und eine deutlichere politisch-gesellschaftliche Wirksamkeit zu erreichen. Die Chance besteht in der Entwicklung von neuen Instrumentarien, die über das klassische Tagungs-, Seminar- oder Kursformat hinausgehen.

Eine zukunftsweisende Perspektive könnte sein, das Selbstverständnis politischer Bildung von einem

Es geht darum, im gesellschaftlichen Raum die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure zu ermöglichen und außerschulische politische Bildung wirksamer zu gestalten

vorrangigen Anbieter eigener Bildungsveranstaltungen hin zur Moderation von Netzwerken, Projektentwicklung und zum Bildungsmanagement zu erweitern. Es geht darum, im gesellschaftlichen Raum die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure zu

ermöglichen und außerschulische politische Bildung wirksamer zu gestalten. Leitend für die Ver-

¹ Heinrich Oberreuter: Zukunftsperspektiven der Akademiearbeit, in: *derselbe* (Hrsg.): Politische Bildung im Wandel der Zeit. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung, München 2007, S. 527

netzung und Kooperation sollte die Frage sein, wo mögliche Bündnispartner sind, die mit ähnlichen Zielvorstellungen an vergleichbaren Themen, Problemen und Fragestellungen mit unterschiedlichen Zielgruppen arbeiten. Wie können durch die Kooperation verschiedener Akteure Bildungsangebote, Kampagnen und Projekte zielgruppen- und problemorientierter organisiert werden? Beispiele im jugend- und sozialpolitischen Bereich wären hier ebenso zu nennen wie Konzepte aus der partizipativen Technikfolgenabschätzung, wenn es um Bürgerbeteiligungsverfahren im Kontext der Einführung neuer Technologien, wie der Gen- und Nanotechnologie, der Gehirnforschung oder technologischen Entwicklungen in der Energie-, Verkehrs- oder Informationstechnologie geht.

Das Beispiel Bürgerbeteiligungsverfahren

Wenn das Ziel politischer Bildung in der Einmischung möglichst vieler in die politische Debatte einerseits und die gleichzeitige Mitgestaltung demokratischer Entscheidungen andererseits besteht, so ist zu fragen, welche aktivierenden methodischen Arrangements für dessen Realisierung zur Verfügung stehen. Hier bieten verschiedene Ansätze partizipativer Technikfolgenabschätzung von der Bürgerkonferenz über Szenariomethoden bis zur Diskurstagung² und neue Onlineformate vielfältige Ansatzmöglichkeiten. Ihnen ist gemeinsam,

- dass sie wissenschaftliche Laien darin qualifizieren, sich an der technologiepolitischen Debatte inhaltlich zu beteiligen,
- dass sie diese darin unterstützen, auf der Basis eigener Werthaltungen und Interessen eine eigene Position zu entwickeln und in der Gruppe zu diskutieren,
- dass sie ein Gespräch ermöglichen zwischen qualifizierten Laien, Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen und Verantwortungsträgern in Politik, Wirtschaft, Administration und Medien.

Die fachlich-inhaltlichen und politischen Ergebnisse solcher Prozesse haben häufig ein hohes Niveau, ermöglichen neue, die Fachdebatte erweiternde Perspektiven und spiegeln ganzheitliche

² Ein Überblick über einzelne Methoden der Bürgerbeteiligung ist zu finden in *Wolfgang Beer/Edith Droste*: Biopolitik im Diskurs. Bundeszentrale für politische Bildung, Themen und Materialien, Bonn 2006, S. 180-189

Lebenszusammenhänge wider. Sie stellen also eine inhaltliche und politische Qualifizierung der politischen Debatte dar, die aufzunehmen und angemessen einzubeziehen sowohl fachlich-politisch als auch unter dem Aspekt des innergesellschaftlichen Friedens und der Legitimation der gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen durch technologische Innovationen geboten wäre.

Bürgerbeteiligungsverfahren können einen gesellschaftlichen Diskurs ermöglichen, der für alle betroffenen Beteiligengruppen eine Win-Win-Situation eröffnet, von der alle profitieren:

- Die Bürgerinnen und Bürger durch wirksame Einflussnahme und Beteiligung,
- die Politik durch neue inhaltliche, politische und soziale Perspektiven und Entscheidungskriterien aus Bürger- und Wählersicht,
- Wissenschaft und Wirtschaft durch Hinweise auf die gesellschaftliche Bedarfs- und Stimmungssituation, was die Chance auf eine Verbreiterung der Akzeptanz ihrer Projekte erhöhen könnte,
- alle zusammen mit besseren, das heißt der Komplexität und Wechselwirkungen der in Rede stehenden Vorhaben angemessenen Entscheidungen.

Ermöglichung und Finanzierung von Prozessen partizipativer Technikfolgenabschätzung sind eine Gemeinschaftsaufgabe von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Der politischen Bildung kann die Aufgabe zufallen, als kompetente und anerkannte Agentur Verfahren der Bürgerbeteiligung zu organisieren und zu realisieren. Damit eröffnet sich für die politische Bildung ein neues und ausgesprochen wirkmächtiges Arbeitsfeld, das zwei ihrer zentralen Aufgaben entspricht: die Bürgerinnen und Bürger darin zu unterstützen, sich an den politisch-gesellschaftlichen Prozessen und Entscheidungen zu beteiligen und einen konstruktiven Beitrag zur Entwicklung und Erhaltung einer demokratischen politischen Kultur zu leisten.

Solche „neuen“ Ansätze im Kontext politischer Bildung eröffnen Zukunft. Sie können auch in der Tat sehr schwierigen Situationen und Konstellationen in verschiedenen Trägerbereichen angesichts der sich ausbreitenden Tendenz zum resignativen Defätismus nach dem Motto „Der Letzte macht das Licht aus“ entgegenwirken. Die Situation in manchen Trägerbereichen ist in der Tat so vermeintlich

aussichtslos, wie *Klaus-Peter Hufer* sie Anfang des Jahres für die politische Bildung an Volkshochschulen beschrieben hat.³

Aber für die Profession insgesamt gilt dies sicher nicht. In der pluralen Trägervielfalt politischer Jugend- und Erwachsenenbildung schlummern und erwachsen ebenso vielfältige Potenziale für eine Zukunft, die bewährte Formate und Angebotsstrukturen mit neuen Ansätzen ergänzt und verknüpft.

Freiräume politisch durchsetzen

Eine solche Ausweitung des Arbeitsfeldes und der Angebotsstruktur politischer Bildung kann auch dabei helfen, neue Ressourcen zu erschließen und erweiterte Strategien zur ökonomischen Absicherung der Arbeit von Einrichtungen zu entwickeln. Eine sich ergebende erweiterte Wirkung und Gestaltungskraft politischer Bildung kann in Verbindung mit der erwähnten erhöhten politischen Beachtung auch die Perspektive eröffnen, neben finanziellen Ressourcen förderungspolitische Freiräume und Gestaltungsräume politisch durchzusetzen. Die bestehenden Richtlinien gälte es zu erweitern, neben klassischen Bildungsformaten auch Projektförderungen, handlungs- und vernetzungorientierte Formate als förderfähig einzustufen. Dies gilt auf Bundesebene vor allem für die Richtlinien der bpb, aber auch für das Programm „Politische Bildung“ im KJP.

In der Folge einer Ausweitung der Handlungsfelder politischer Bildung kann sie ihr politisches Gewicht und Standing stärken und so auch über die bundespolitische Ebene hinaus (wieder) bildungspolitischen Einfluss gewinnen. Die laufende Diskussion um den Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) bietet Ansätze, zumindest mittelfristig wieder die

Die laufende Diskussion um den Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) bietet Ansätze, zumindest mittelfristig wieder die bildungspolitische Debatte in Deutschland mitzugestalten

bildungspolitische Debatte in Deutschland mitzugestalten. Vielleicht kann es ihr ja gemeinsam mit anderen, z. B. der kulturellen Bildung, gelingen, die gegenwärtige Verkürzung des Bildungsbegriffs auf Qualifikation und Verwertbarkeit aufzubrechen und ihr umfassenderes Bildungsverständnis wieder wahrnehmbar einzubringen.⁴

Fazit: Dem Versuch einer Instrumentalisierung politischer Bildung gilt es zu widerstehen. Das neue politische Interesse und die Anfragen aus dem politischen Raum sollte politische Bildung offensiv und konstruktiv nutzen, um erweiterte und partiell neue Funktionszuschreibungen, Kompetenzen und Gestaltungsräume zu kreieren. Und die Politik sollte dies ermöglichen durch zusätzliche Ressourcen für erweiterte Handlungsfelder und durch größere Freiheiten, sprich erweiterte förderpolitische Handlungsspielräume.

⁴ Vgl. *Wolfgang Beer*: Die Engführung der bildungspolitischen Debatte politisch auflösen. In: *Praxis Politische Bildung*, 12. Jg., H. 4/2008



Dr. Wolfgang Beer ist Geschäftsführer für politische Bildung bei den Evangelischen Akademien in Deutschland und dort zuständig u. a. für Förderungspolitik und Projektmanagement.

E-Mail: beer@evangelische-akademien.de



Klaus Waldmann ist Bundestutor der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung und dort erreichbar unter der Adresse Auguststraße 80, 10117 Berlin.

E-Mail: waldmann@politische-jugendbildung-et.de

³ Vgl. *Klaus-Peter Hufer*: Politische Bildung im Selbstverständnis und in der Praxis von Volkshochschulen, in: *Praxis Politische Bildung*, 12. Jg., H. 2/2008, S. 129-137.